

Das Einkommenssteuergesetz

Manuskript zum Film
von Werner May

Heute fasse ich einmal ein ganz heißes Eisen an. Das heißt eigentlich zitiere ich das Wesentliche aus einer Expertise der Grundrechtspartei zum Thema: **Einkommenssteuergesetz**.

Also los geht's:

Die Einkommens- und Lohnsteuern werden auf der Grundlage des Einkommenssteuergesetzes erhoben. Hier die aktuelle Fassung, „ein Service des Bundesministeriums der Justiz“.

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

Einkommensteuergesetz (EStG)

EStG
Ausfertigungsdatum: 16.10.1934
Vollzitat:
"Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2417) geändert worden ist"

Stand: Neugefasst durch Bek. v. 8.10.2009 I 3366, 3862;
zuletzt geändert Art. 5 G v. 22.12.2014 I 2417

Wie man unschwer erkennen kann, stammt das Gesetz vom 16.10.1934 und es wurde zuletzt geändert am 22.12.2014.

Dies ist das Original von
1934.

Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 24. Oktober 1934	Nr. 119
Tag	Inhalt	Seite
16. 10. 34	Einkommensteuergesetz (EStG)	1005
16. 10. 34	Körperschaftsteuergesetz (KStG)	1031
16. 10. 34	Reichsbewertungsgesetz (RBewG)	1035
16. 10. 34	Gesetz über die Schätzung des Kulturbodens (Bodenschätzungsgesetz) (BodSchätzG)	1050
16. 10. 34	Vermögenssteuergesetz (VStG)	1052
6. 10. 34	Gesetz zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes	1056
16. 10. 34	Kapitalverkehrsteuergesetz (KVG)	1058

Einkommensteuergesetz
(EStG)
Vom 16. Oktober 1934

Und am Ende des Gesetzes ist der Verantwortliche zu erkennen, „der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler“.

Berlin, 16. Oktober 1934.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister der Finanzen

Graf Schwerin von Krosigk

Es handelt sich also bei dem Einkommensteuergesetz eindeutig um ein Nazigesetz, das mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 1 am 20. September 1945 verboten worden war:

»Folgende Gesetze politischer Natur oder Ausnahmegesetze, auf welchen das Nazi-Regime beruhte, werden hierdurch ausdrücklich aufgehoben, einschließlich aller zusätzlichen Gesetze, Durchführungsbestimmungen, Verordnungen und Erlasse:

a) Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933, RGBl. I/141,«

Kontrollratsgesetz Nr. 1 betreffend die Aufhebung von NS-Recht

vom 20. September 1945

in Kraft getreten am 20. September 1945

für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch
Erstes Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I. S. 437),
jedoch ohne die Wirkung der Wiederaufhebung der aufgehobenen Gesetze

für die DDR außer Wirkung gesetzt durch
[Beschluß des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955](#)

Sehr interessant ist auch der **Artikel III des Kontrollratsgesetzes**:

Art. III. Wer irgendwelche durch dieses Gesetz aufgehobenen Gesetze anwendet oder anzuwenden versucht, setzt sich **strafrechtlicher Verfolgung** aus.

Fragt sich nur wer da strafrechtlich verfolgen könnte, da selbst die Staatsanwälte illegal tätig sind, wie der Film „Die Staatsanwaltschaft“ zeigt.

Zusätzlich ist das Gesetz damals, also 1934, verfassungswidrig zustande gekommen, sodaß es auch aus diesem Grunde ungültig ist.

Durch das Urteil des Tribunal Général de la Zone Francaise d'Occupation ist allgemeingültig die Verfassungswidrigkeit der Regierung Hitlers und des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (als Grundlage des Einkommensteuergesetzes vom 16.10.1934) festgestellt worden.

Und jetzt zitiere ich 2 Absätze wörtlich aus der Expertise der Grundrechtspartei:

„Nichtsdestotrotz wird das Einkommensteuergesetz vom 16.10.1934 mit der Unterschrift von Adolf Hitler heute noch angewendet – ohne dass es auch nur einem

Finanzbeamten die Schamesröte in das Gesicht treibt. Man exekutiert ganz ungeniert im Namen Adolf Hitlers.“

„Dass nun gerade auf der Grundlage dieses Einkommensteuergesetzes, welches nach wie vor von Adolf Hitler unterzeichnet ist, im Herrschaftsbereich des Grundgesetzes von den an dieses Grundgesetz gebundenen Finanzämtern rechtswidrig Ansprüche erhoben werden und Zwangsvollstreckungen bis hin zur Freiheitsentziehung durch Zwangs- und Beugehaft sowie Sippenhaftung exekutiert werden, ohne Rücksicht auf Verluste und die unmittelbar geltenden Grundrechte, muss an dieser Stelle als bössartiger Hintertreppenwitz der Geschichte deutscher Diktaturen bezeichnet werden.“

Dass es sich um keinen Witz handelt, wenn ein ungültiges Gesetz angewandt und vollstreckt wird dürfte jedem einleuchten. Es erinnert mich eher an kriminelle Methoden der Mafia denen ein scheinstaatliches Mäntelchen umgehängt wird, damit die Menschen dieses Landes weiterhin bereit sind die gesetzeswidrige Regierung mit ihrem Gefolge zu finanzieren.

Der Bundestag hätte schon 1949 ein ordnungsgemäßes Gesetz zur Erhebung von Einkommens- und Lohnsteuern erlassen müssen, da sich der Finanzminister natürlich auch an **geltende** Gesetze (die Betonung liegt auf „geltende“) halten muss und die Nazi-Gesetze waren damals schon verboten und nicht mehr gültig. Dass derartige Gesetze seit über 60 Jahren ungeniert und rechtswidrig angewandt werden, wirft einen bezeichnenden Blick auf die gesamte Schar der angeblichen Hüter des Rechts: Politiker, Richter, Staatsanwälte, Staatsrechtler und Rechtsanwälte, von den Medien ganz zu schweigen....

Der absolute Hammer ist, dass die betroffenen Menschen keine Möglichkeit haben, juristisch gegen den rechtswidrigen Raub des Finanzamtes vorzugehen. Der einzige Straftatbestand, der für die rechtswidrige Erhebung von Steuern in Frage kommt ist der § 353 Strafgesetzbuch.

StGB § 353 Abgabenüberhebung, Leistungskürzung

(1) Ein Amtsträger, der Steuern, Gebühren oder andere Abgaben für eine öffentliche Kasse zu erheben hat, wird, wenn er Abgaben, von denen er weiß, daß der Zahlende sie überhaupt nicht oder nur in geringerem Betrag schuldet, erhebt **und das rechtswidrig Erhobene ganz oder zum Teil nicht zur Kasse bringt**, mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

Rechtswidrig wäre der Raub nur dann, wenn der Amtsträger „das rechtswidrig Erhobene“ nicht in die Firmenkasse der Bundesrepublik von Deutschland legt.

Der allgemeingültige Straftatbestand des Amtsmissbrauchs ist 1943 von den Nazis ersatzlos aufgehoben worden und wurde als Einzelstrafatbestand nicht wieder in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Wo es kein Amt gibt, kann auch niemand Missbrauch damit treiben!

In der Expertise werden dann 2 Fragen gestellt, die ich wieder wörtlich zitiere:

1. Frage: Wie würde es bei den Bürgern des Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland ankommen, wenn sie wüssten, dass ihre Einkommen- und Lohnsteuern **auf Befehl Adolf Hitlers erhoben** werden und **die Verursacher dieser rechtswidrigen Erhebungen straflos gestellt sind**?

2. Frage: Wie würde es bei den Bürgern des Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland ankommen, wenn sie wüssten, dass der dagegen verfassungsrechtlich verankerte unabhängige Rechtsweg für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten verfassungsrechtlicher Art gegen den Staat gemäß Art. 19 Abs. 4 Satz 2 GG zu den ordentlichen Gerichten für die Bürger nicht begehbar ist, weil sich **der Bundestag bis heute weigerte, die für diesen Rechtsweg erforderlichen Prozessgesetze zu erlassen und diese Tatsachen von den Gerichten, bis hin zum Bundesverfassungsgericht, nicht thematisiert, sondern verschwiegen werden?**

Das ist übrigens ein weiterer Verstoß gegen das Grundgesetz, nämlich gegen Artikel 19.

Art. 19 GG

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, **so steht ihm der Rechtsweg offen**. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Wie Sie sicher schon bemerkt haben verrete ich in vielen Punkten eine andere Ansicht wie die Grundrechtspartei. Nach meinen Recherchen gibt es keinen **Staat** Bundesrepublik Deutschland. Daher gibt es auch keinen Rechts**staat**. Ja es gibt nicht einmal Bürger, denn Bürger gibt es, laut Definition, nur in Städten oder handlungsfähigen **Staaten**.

Der Begriff „Bürger“ taucht im Grundgesetz deshalb gar nicht auf. Dort findet man lediglich den Begriff „Bewohner“, nämlich im Artikel 25.

Art. 25 GG

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die **Bewohner des Bundesgebietes**.

Weitere Treffer für „Bewohner“ erzielt auch keine Suchmaschine im Grundgesetz, selbst wenn sie sich noch so anstrengt.

Die BRD ist kein Staat und war nie ein Staat. Sie ist ein noch immer besetztes Wirtschaftsgebiet gemäß

Art. 133 GG

Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung **des Vereinigten Wirtschaftsgebietes** ein.

Im Artikel 137 des Grundgesetzes taucht das Vereinigte Wirtschaftsgebiet noch einmal auf.

Art. 137 GG

(3) Die dem Bundesverfassungsgerichte gemäß Artikel 41 Abs. 2 zustehende Befugnis wird bis zu seiner Errichtung von dem **Deutschen Obergericht** für **das Vereinigte Wirtschaftsgebiet** wahrgenommen, das nach Maßgabe seiner Verfahrensordnung entscheidet.

Und hier wird auch noch das **Deutsche Obergericht** genannt, das für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet zuständig sein sollte, wenn die Politikergilde, die ihre angebliche Verfassung so hoch halten, den Inhalt des Grundgesetzes umgesetzt hätten. Es gibt bis heute kein **Deutsches Obergericht** und das **Bundesverfassungsgericht** wurde und wird noch immer grundgesetzwidrig besetzt, sodaß von dort kein rechtmäßiges Urteil kommen kann.

Demnach sind die Bewohner des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf sich gestellt. Auf Hilfe durch Gerichte oder Rechtsanwälte können sie nicht mehr hoffen. Wer noch an die Gültigkeit des Grundgesetzes glaubt, der kann sich auf Artikel 20 berufen, wenn das Finanzamt Adolfs Einkommens- oder Lohnsteuer eintreiben will, damit sich rechtswidrige Bundespolitiker, rechtswidrige Verfassungsrichter und die Raubritter vom Finanzamt daran bereichern können.

Genießen wir den Artikel 20 des Grundgesetzes einmal in vollen Zügen:

Art. 20 GG

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein **demokratischer** und **sozialer Bundesstaat**.

Die BRD ist weder demokratisch noch sozial und die BRD ist auch kein Bundesstaat, da sie nie ein Staat war.

Art. 20 GG

(2) Alle **Staatsgewalt** geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in **Wahlen** und Abstimmungen und durch **besondere Organe der Gesetzgebung**, der **vollziehenden Gewalt** und der **Rechtsprechung** ausgeübt.

Die **Staatsgewalt** geht nicht vom Volke aus sondern von korrupten Parteien, die sich an die Wirtschaft verkauft haben, wie das in einem Wirtschaftsgebiet offensichtlich sein muss. Die **Wahlen** sind grundgesetzwidrig und seit 1957 ungültig. Die **besonderen Organe der Gesetzgebung** wurden grundgesetzwidrig gewählt und sind daher illegal tätig. Die **vollziehende Gewalt** ist illegal tätig, da es keinen Staat gibt und die sogenannten Staatsgewalten eine Erlaubnis der Besatzungsmächte benötigen um amtlich tätig sein zu dürfen. Der **Rechtsprechung** fehlt es am Deutschen Obergericht und die **Richter** haben keine Erlaubnis der Militärbehörde um amtlich tätig zu sein.

Art. 20 GG

(3) Die **Gesetzgebung** ist an die **verfassungsmäßige Ordnung**, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an **Gesetz und Recht** gebunden.

Die Gesetzgebung ist illegal tätig und sie kann sich nicht an eine verfassungsmäßige Ordnung halten, da es keine Verfassung und keine entsprechende Ordnung gibt, die sie kontrollieren könnte oder wollte. Gesetz und Recht sind zweierlei und was den Menschen in diesem Lande durch illegale Bundespolitiker, illegal tätige Richter, illegal tätige Staatsanwälte aufgrund rechtswidriger und ungültiger Gesetze angetan wurde und wird ist weder gesetzlich abgesichert noch rechtlich vertretbar. Dass diese verlogenen Organe und Raubritter von den Einkommenssteuer- und Lohnsteuergesetzen Adolf Hitlers bezahlt werden muss ein Ende haben.

Damit kommen wir zu Punkt 4 des Artikel 20 GG.

Art. 20 GG

(4) Gegen **jeden**, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen **das Recht zum Widerstand**, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Diese ursprünglich geplante Ordnung, für die das Grundgesetz geschaffen worden war, wurde von Anfang an durch die damals regierenden Parteien abgeschafft, bzw. erst gar nicht ins Leben gerufen. Wie ich in dem Film „Die Wahlen und ihre Folgen“ aufgezeigt wurde gab es **ganze 83 Tage Demokratie und Rechtsstaat** nach dem Grundgesetz in dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet. Dann haben sich die Großkonzerne die Parteien gekauft und seither werden das Gebiet und die einfachen Menschen von der Wirtschaft ausgeplündert. Zum Dank, dass sie sich tatkräftig an der Ausbeutung beteiligen werden bestimmte Berufsgruppen mit einem lebenslänglichen und sicheren Arbeitsplatz und einer überdurchschnittlichen Rente belohnt. Dies sind Richter, Staatsanwälte, Scheinbeamte und andere Angestellte in den angeblichen Ämtern, wie dem Finanzamt, das ja Ausgangspunkt dieser Betrachtung war.

Das Recht zum Widerstand ist im Grundgesetz verankert. Die Pflicht zur Zahlung von gesetzwidrigen Einkommens- oder Lohnsteuern ist nicht im Grundgesetz verankert.

Und ein Blick in das Strafgesetzbuch zeigt dort eine sehr interessante Definition:

§ 32 StGB Notwehr

(1) Wer eine Tat begeht, die durch Notwehr geboten ist, handelt nicht rechtswidrig.

(2) Notwehr ist die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.

Dass das Finanzamt und das übergeordnete grundgesetzwidrig besetzte Ministerium uns rechtswidrig mit verbotenen Nazigesetzen angreifen und berauben dürfte nun offenkundig sein. In unserer Not dürfen wir uns entsprechend **durch Verweigerung** wehren. Wir wehren uns nicht mit körperlicher Gewalt, das ist Sache derjenigen, die das Nazigesetz rechtswidrig durchsetzen. Und dann kann jeder Richter, Staatsanwalt, Gerichtsvollzieher und Angestellte im Finanzamt zeigen wie weit er oder sie auf dem Boden des Grundgesetzes steht oder ob er oder sie im Auftrag Adolf Hitlers noch das Einkommens- und Lohnsteuergesetz vollzieht.

Auf alle Fälle sollten Sie sich die Expertise der Grundrechtspartei herunterladen und den Angestellten des Finanzamts vorhalten. Die Steuern sollten sie aus Notwehr verweigern oder „Unter Vorbehalt“ zahlen, bis ein Rechtssystem installiert ist, das den Namen verdient und Ihnen Ihr Recht und die geraubten Steuern von den Tätern zurückverlangt. Da es keinen Staat gibt, gibt es auch keine Staatskasse aus der man sie entschädigen könnte. Nach dem Verursacherprinzip müssen dann die Bundespolitiker, die Finanz-Schein-Beamten, die Gerichtsvollzieher und natürlich die Richter, die diese Gesetze anwenden, mit ihrem Hab und Gut haften. Dann bekommen die Sozialämter einen neuen Kundenkreis.

Deshalb achten Sie darauf, dass alle Schreiben die Sie von Schein-Ämtern oder Behörden erhalten auch rechtmäßig unterschrieben sind und bestehen Sie auf Ihren Rechten, sonst können Sie später niemanden für erlittene Schäden haftbar machen.

Hierzu passend sind die Filme:

[Im Auftrag, Wie Unrecht zuRecht gebogen wird, Unterschriften, Ausfertigungen](#)

Dass sämtliche **Bundestags-Wahlen** seit 1957 ungültig sind und damit alle Bundespräsidenten, Bundeskanzler, Minister und sämtliche seither beschlossenen Bundesgesetze illegal sind erfahren Sie hier: [Die Wahlen](#)

Dass selbst das Bundesverfassungsgericht grundgesetzwidrig besetzt wird und damit sämtliche Urteile der beiden Senate ungültig sind können Sie hier überprüfen: [Das Bundesverfassungsgericht](#)

Welche Gesetze sonst noch ungültig sind zeigt dieser Film: [Das Zitiergebot](#)

Dass die Jobcenter sich auf illegale Gesetze berufen erfahren Sie hier: [Ist das Jobcenter eine Kriminelle Vereinigung ?](#)

Warum und wie Staatsorgane die Bewohner dieses Landes ausnehmen und entrechteten können erfahren Sie hier: [Die Würde des Menschen](#) [Wie wir unsere Würde zurückgewinnen können](#)

Mit diesen Filmen sollten Sie anfangen, damit sie ein besseres Verständnis für die tatsächlichen Zusammenhänge bekommen.

Wieso auch die Staatsanwälte illegal amtieren zeigt dieser Film: [Die Staatsanwaltschaft.](#)

Auch die Rechtsanwalts- und andere Kammern sowie die Innungen haben keine Gesetzesgrundlage für ihre Zwangsmitgliedschaft: [Der Kammerzwang.](#)

Bewegt man sich auf der Internationalen Ebene, so sieht es nicht besser aus. Darüber informieren Sie meine Beiträge: [Die Vereinten Nationen](#), [Folterflüge Teil 1](#) [Folterflüge Teil 2](#) [Folterflüge Teil 3](#)

Wer glaubt, dieser weltweite Betrug durch Kapital und Politik sei zufällig, der irrt. Dass diese Machenschaften in der jetzigen Zeit aufgedeckt werden hat seinen tieferen Sinn. Wir befinden uns in einem radikalen Umbruch. Wohin der Weg gehen wird zeigen diese Filme. Sie sollten sie sich auch dann ansehen, wenn sie nicht an Gott glauben: [Worte an die Herrschenden](#) [Worte an meine Kinder](#) [Worte an die Priester](#)

In einem weiteren Film hatte ich aufgezeigt, wie man den Kapitalismus mit seinen Auswirkungen überwinden kann um ein menschliches Miteinander zu leben. Dieser Film ist der youtube-Zensur zum Opfer gefallen. Na vielleicht dürfen Sie ihn sich ja doch noch ansehen: [Aus der Hölle ins Paradies.](#)

Weitere Filme und Texte finden Sie auf meiner Web-Seite: www.widerstand-ist-recht.de

